

## ZUSAMMENFASSUNG DES VORSITZES

*St. Petersburg, 17. Juli 2006*

Wir sind vom 15.-17. Juli 2006 in St. Petersburg zu unserem jährlichen Gipfeltreffen zusammengekommen, um gemeinsame Lösungsansätze für dringende internationale Fragen zu erörtern. An unseren Gesprächen über die Schwerpunktthemen der russischen Präsidentschaft (globale Energiesicherheit, Entwicklung moderner Bildungssysteme und Bekämpfung ansteckender Krankheiten) sowie über Globalisierung, internationalen Handel und Afrika nahmen am 17. Juli auch die Staats- und Regierungschefs von Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika sowie die Spitzenvertreter der Afrikanischen Union, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Internationalen Energie-Agentur, der Internationalen Atomenergie-Organisation, der Vereinten Nationen, der UNESCO, der Weltbank, der Weltgesundheitsorganisation und der Welthandelsorganisation teil.

### **Globale Energiesicherheit**

Wir erörterten die Herausforderungen im Bereich der globalen Energiesicherheit und legten unsere gemeinsamen Ziele und Ansätze für die Sicherstellung einer ausreichenden, verlässlichen und umweltverträglichen Energieversorgung zu Preisen, die den Marktbedingungen entsprechen, fest.

Wir stimmten darin überein, dass der verlässliche Zugang zu Energie Voraussetzung für die dynamische und nachhaltige Entwicklung unserer Zivilisation ist. Dieser Zugang kann am besten durch die Stärkung der Partnerschaft zwischen Energieerzeuger- und Energieverbraucherländern gewährleistet werden, einschließlich des verstärkten Dialogs über steigende gegenseitige Abhängigkeit in Bezug auf Energie sowie über Fragen der Versorgungssicherheit und der Energienachfrage. Wir unterstrichen, dass offene, transparente, effiziente und wettbewerbsorientierte Energiemärkte den Eckpfeiler unserer gemeinsamen Energiesicherheitsstrategie darstellen. Wir erkannten ferner an, dass Regierungen und einschlägige internationale Organisationen eine bedeutende Rolle in diesem Bereich spielen.

Wir verabschiedeten den Aktionsplan von St. Petersburg für eine Verbesserung der globalen Energiesicherheit durch Bemühungen um die Förderung der Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität der globalen Energiemärkte, eine Verbesserung des Investitionsklimas im Energiesektor, die Steigerung der Energieeffizienz und des Energiesparens, die Diversifizierung des Energiemix, die Sicherstellung des physischen Schutzes der wesentlichen Energieinfrastruktur, die Verringerung der Energiearmut sowie die Bewältigung des Klimawandels und die Gewährleistung nachhaltiger Entwicklung.

In diesem Plan verpflichteten wir uns, Hindernisse abzubauen, die Investitionen und Handel im Energiebereich im Wege stehen, und Unternehmen aus Energieerzeuger- wie Energieverbraucherländern zu ermöglichen, international im up- und downstream Bereich zu investieren und entsprechende Vermögenswerte zu erwerben. Wir unterstrichen ferner die Notwendigkeit einer besseren Risikoaufteilung unter allen Akteuren in der Energie-Wertschöpfungskette durch eine wirtschaftlich vernünftige Diversifizierung zwischen verschiedenen Vertragsarten, einschließlich marktbasierter Langzeitverträge und Spotmarktverträge, rechtzeitiger Entscheidungsfindung sowie angemessener Einhaltung und Durchsetzung vertraglicher Vereinbarungen.

Auch Energiesparen ist eine Form der Energieerzeugung. Deshalb haben wir einen umfassenden Ansatz zur Einsparung von Energie und zur Energieeffizienz vereinbart.

Diejenigen von uns, die Pläne für die Nutzung sicherer und durch Sicherungsmaßnahmen geschützter Kernenergie haben oder erwägen, unterstrichen deren wichtigen Beitrag zur weltweiten Energiesicherheit.

Bei der Verfolgung unserer vielfältigen Zielsetzungen im Bereich der globalen Energiesicherheit werden wir aktiv auf die Verringerung der Energiearmut in Entwicklungsländern hinwirken.

Wir bekräftigten erneut unsere Verpflichtung, an der Verringerung der Treibhausgasemissionen zu arbeiten sowie den Herausforderungen durch den Klimawandel zu begegnen, auch durch Förderung eines umfassenden Dialogs über weitere künftige Maßnahmen.

## **Bildung für innovative Gesellschaften im 21. Jahrhundert**

Wir verabschiedeten eine Erklärung über die Notwendigkeit der Förderung eines modernen, effizienten Bildungssystems, mit dem die Herausforderungen einer globalen wissensbasierten Wirtschaft bewältigt werden können. Wir stimmten darin überein, dass wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand im 21. Jahrhundert zunehmend davon abhängt, inwieweit Staaten alle Mitglieder ihrer Gesellschaften durch die entsprechende Bildung darauf vorbereiten können, in einer sich rasant verändernden Welt gut und erfolgreich zu leben.

Wir glauben, dass Bildung, Qualifikation und neue Ideen unverzichtbar für die Entwicklung des Humankapitals sind und in allen Ländern wesentliche Voraussetzungen für Marktproduktivität und sozialen Zusammenhang darstellen. Aufgrund des zunehmend globalen Charakters von Wissenschaft, Technologie und wirtschaftlichem Fortschritt ist Zusammenarbeit auf internationaler Ebene unbedingt erforderlich, um die Talente und das Wissen hervorzubringen, die für die Bewältigung der grundlegenden globalen Herausforderungen gebraucht werden.

Wir erklärten unsere Entschlossenheit zur Förderung von Investitionen in das "Wissensdreieck" – Bildung einschließlich lebenslangen Lernens, Forschung und Innovation. Wir möchten die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor vorantreiben, um verschiedenartige, effiziente und zukunftsfähige Hochschulen zu fördern.

Wir werden die umfassendere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtern, die Standards in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften, Technik und Fremdsprachen verbessern und den Einsatz hochqualifizierter Lehrkräfte in diesen kritischen Bereichen fördern.

Wir unterstrichen, dass verstärkte Austauschmaßnahmen auf allen Ebenen in den Bereichen Naturwissenschaften und Technik sowie in anderen Bildungsbereichen und die Förderung eines besseren Verständnisses, der Anerkennung und der Transparenz ausländischer Qualifikationen und Lernergebnisse erforderlich sind. In diesem Zusammenhang schlug Russland die Einrichtung einer Expertengruppe vor, um Kriterien und Verfahren für die Bewertung von Lernergebnissen und Qualifikationen zu entwickeln. Die Gruppe könnte Vertreter staatlicher Organisationen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft umfassen.

Wir kamen überein, uns mit unseren Entwicklungspartnern und anderen Akteuren für qualitativ hochwertige Grundbildung, Alphabetisierung sowie die Gleichstellung der Geschlechter

im Einklang mit dem bildungsbezogenen Millenniums-Entwicklungszielen und den Zielsetzungen der Initiative "Bildung für alle" (EFA) einzusetzen.

Wir erklärten unsere Entschlossenheit, die soziale und wirtschaftliche Integration von Einwanderern in Gastländer und deren Gesellschaften zu erleichtern, wofür Bildung eine Grundvoraussetzung darstellt.

### **Bekämpfung von Infektionskrankheiten**

Wir sind uns bewusst, dass Infektionskrankheiten in Gesellschaften und Volkswirtschaften auf der ganzen Welt einen hohen Tribut fordern. In unserer Erklärung unterstrichen wir Grundsätze und schlugen Maßnahmen vor, um der Verbreitung von Epidemien Einhalt zu gebieten. Wir benannten eine Reihe von Herausforderungen, darunter der begrenzte Zugang zu Prävention und Behandlung, unzureichende Kapazität der Gesundheitssysteme, fehlende Ressourcen sowie Knappheit und erhebliche Abwanderung qualifizierten Personals im Gesundheitswesen, vor allem in Entwicklungsländern.

Wir werden uns für eine Verbesserung der internationalen Kapazitäten einsetzen, Ausbrüche von Infektionskrankheiten zu überwachen und auf sie zu reagieren, indem wir neue Labors einrichten und den Globalen Verbund zur Warnung und Reaktion bei Krankheitsausbrüchen (GOARN) der WHO stärken.

Eingedenk der Bedrohung durch die Vogelgrippe werden wir bei der Vorbereitung auf eine mögliche menschliche Grippe-Pandemie untereinander und mit den einschlägigen internationalen Organisationen und anderen Partnern eng zusammenarbeiten. Wir riefen die Geber dazu auf, die auf der Internationalen Geberkonferenz zur Vogelgrippe und pandemischen Grippe gemachten Zusagen einzuhalten. Die Mitglieder der G8 begrüßten ferner den Vorschlag der russischen Präsidentschaft, das WHO-Grippekooperationszentrum für Eurasien und Zentralasien einzurichten, um die internationale Kapazität zur Bekämpfung der Ausbreitung der Viren zu verbessern.

Wir erneuerten unsere Verpflichtungen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria und kamen überein, weiter mit anderen Gebern zusammenzuarbeiten, um Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zu mobilisieren, und auch in Zukunft darauf hinzuwirken, dass möglichst alle bedürftigen Menschen bis zum Jahr 2010 Zugang zu HIV/AIDS-Behandlung erhalten. Wir zeigten uns ferner entschlossen,

den Globalen Plan "Stopp der TB" mit dem Ziel zu unterstützen, bis zum Jahr 2015 14 Millionen Menschenleben zu retten, und in Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten Ressourcen für verbesserte Maßnahmen für Malaria bereitzustellen. Wir kamen überein, unsere Arbeit in diesem Bereich regelmäßig zu überprüfen, um die Fortschritte bei der Bewältigung dieser drei gravierendsten Pandemien zu überwachen.

Ferner werden wir die Globale Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung weiterhin unterstützen, damit unser Planet innerhalb der nächsten Jahre als poliofrei erklärt werden kann.

Wir sprachen uns für intensiviertere Forschung und verstärkten wissenschaftlichen Austausch zwischen den Staaten unter Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern aus. Die Mitglieder der G8 kamen ferner überein, die globale Unternehmung zur Entwicklung eines HIV-Impfstoffs voranzubringen, und begrüßten die Initiative der russischen Präsidentschaft, osteuropäische und zentralasiatische Länder durch die Einrichtung des entsprechenden regionalen Koordinationsmechanismus in ihre Aktivitäten einzubinden.

Ein verbesserter Zugang zu Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten ist in unserem Kampf gegen Epidemien von grundlegender Bedeutung. Wir werden auch weiterhin im Rahmen von Hilfsprogrammen arbeiten, die auf die Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern ausgerichtet sind. Wir werden ferner Erforschung und Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe durch den Aufbau von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor fördern. Wir nahmen die Schritte zur Kenntnis, die in Bezug auf freiwillige innovative Finanzierungsmechanismen und andere Initiativen zur Mittelbeschaffung unternommen worden sind.

Wir beschlossen zudem, die Wirksamkeit der internationalen Reaktion auf Notsituationen sowie der Maßnahmen zur Abmilderung der gesundheitlichen Folgen von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachter Katastrophen, auch durch wirksamen Einsatz von Schnellreaktionsteams, zu verbessern.

### **Sonstige Themen**

Wir haben uns über den Zustand der Weltwirtschaft ausgetauscht und sind zu dem Schluss gekommen, dass das globale Wachstum nach wie vor stark ist und nun auf breiterer Grundlage steht. Wir sprachen ferner über hohe und volatile Energiepreise, globale Ungleich-

gewichte und zunehmenden Protektionismus. Wir bekräftigten unsere Verpflichtung, globalen Ungleichgewichten zu begegnen, indem wir zusammenarbeiten, um Verzerrungen im globalen Anpassungsprozess zu beseitigen, die Liberalisierung von Handel und Investitionen zu fördern und die internationalen Finanzinstitutionen zu modernisieren.

Wir verabschiedeten eine gesonderte Erklärung zum Handel, in der wir alle Parteien nachdrücklich aufriefen, gemeinsam Führungskompetenz zu beweisen und die Maßnahmen zu treffen, die für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde vor Ende 2006 unerlässlich sind. Wir begrüßten den Beschluss, den Generaldirektor der WTO zu ersuchen, intensiv Konsultationen mit den Mitgliedern zu führen, um eine baldige Einigung zu fördern, und riefen ihn auf, allen WTO-Mitgliedern so schnell wie möglich Bericht zu erstatten mit dem Ziel, innerhalb eines Monats eine Einigung über Verhandlungsmodalitäten zu Landwirtschaft und Zöllen auf Industriegüter zu erleichtern. Wir wiesen unsere Verhandlungsführer an, konstruktiv auf das Erreichen dieses Ziels hinzuwirken. Wir bekannten uns erneut zu unseren Verpflichtungen in Bezug auf die Entwicklungsdimension der Doha-Runde und zur Notwendigkeit, die Beteiligung der Entwicklungsländer zu verbessern, auch durch verstärkten Süd-Süd-Handel und verbesserte regionale Integration. Wir unterstrichen ferner die Bedeutung des Aufbaus von Handelssystemen ("Aid for Trade") und der Befähigung zum Handel.

Wir bekräftigten unser Eintreten für eine Intensivierung unserer einzelstaatlichen und gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschung und gaben eine Erklärung ab, in der konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der Piraterie auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums und des Handels mit gefälschten Gütern dargelegt wurden.

Wir betonten erneut, dass Korruption in der öffentlichen Verwaltung, auch durch leitende Amtsträger, unsere gemeinsamen Pläne für mehr globale Sicherheit und Stabilität, offene Märkte und freien Handel, wirtschaftlichen Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit ernsthaft gefährdet. Unter Bekräftigung der in Evian, Sea Island und Gleneagles eingegangenen Verpflichtungen, die Korruption zu bekämpfen und die Transparenz der Verwaltung öffentlicher Mittel zu erhöhen, verabschiedeten wir einen Aktionsplan mit weiteren Maßnahmen im Kampf gegen dieses Übel.

Wir führten einen Meinungsaustausch über eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit der Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für die Überwindung der Armut und die Sicherstellung nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in Afrika sowie der

erfolgreichen Bewältigung der anderen ernststen Herausforderungen, vor denen dieser Kontinent steht, darunter die Konsolidierung des Friedens und der Stabilität auf regionaler Ebene, als wichtigste Vorbedingung für eine wirtschaftlich günstigere Zukunft des Kontinents. Wir beschlossen eine Folgeerklärung zu Afrika, in der wir die seit dem letzten Gipfeltreffen in Gleneagles erzielten Fortschritte in Bezug auf die Verpflichtungen der G8 zu Afrika bilanzierten, wobei wir die wesentliche Rolle, die der afrikanischen Eigenverantwortung zukommt, anerkannten. Wir betonten die Bedeutung der fortgesetzten partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika mit dem Ziel, Konflikte beizulegen und afrikanische Kapazitäten für Krisenbewältigung zu entwickeln, verantwortungsbewusstes und bürgernahes staatliches Handeln zu gewährleisten, in Menschen zu investieren, Wachstum zu fördern, Finanzmittel für Entwicklung zur Verfügung zu stellen sowie die gegenseitige Verantwortung und Rechenschaftspflicht zu fördern.

### **Internationale Sicherheit**

Wir stellten fest, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammen mit dem internationalen Terrorismus die zentrale Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bleibt. Die Völkergemeinschaft muss daher entschlossen auf diese Herausforderung reagieren und energische Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohung ergreifen. Wir bekräftigten unsere Entschlossenheit und unsere Verpflichtung, abgestimmt und gemeinsam mit anderen Staaten und Organisationen zu handeln, um die Verbreitung von MVW zu bekämpfen, nicht zuletzt, um zu verhindern, dass MVW in die Hände von Terroristen fallen.

Wir haben eine gesonderte Erklärung zur Nichtverbreitung verabschiedet.

Wir erkennen die Rechte der Staaten nach dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) an, Zugang zu den Vorteilen der Kernenergie zu erlangen. Wir erörterten die in der Initiative des Präsidenten der Russischen Föderation zu multinationalen Zentren enthaltenen Vorschläge, Dienstleistungen auf dem Gebiet des Kernbrennstoffkreislaufes anzubieten, und die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur globalen Kernenergiepartnerschaft sowie die kürzlich von Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten bei der IAEO eingebrachte Initiative hinsichtlich der Konzeption eines multilateralen Mechanismus für zuverlässigen Zugang zu Anreicherungsdienstleistungen für Kernbrennstoff. Wir kamen überein, diese Themen auch weiterhin gemeinsam mit der IAEO zu erörtern, um zu gewährleisten,

dass alle Staaten, die ihre Nichtverbreitungsverpflichtungen gewissenhaft erfüllen, garantierten Zugang zu den Vorteilen der friedlichen Nutzung der Kernenergie erhalten.

Wir sprachen über die proliferationsrelevanten Implikationen des fortgeschrittenen Nuklearprogramms Irans und bekräftigten unsere Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass diese Implikationen ausgeräumt werden. Wir unterstützten uneingeschränkt die dem Iran im Juni 2006 im Namen Chinas, Frankreichs, Deutschlands, Russlands, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika mit Unterstützung des Hohen Vertreters der Europäischen Union gemachten Vorschläge mit dem Ziel einer langfristigen umfassenden Einigung mit Iran auf der Grundlage von Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung. Da Iran keine Bereitschaft gezeigt hat, diese Vorschläge ernsthaft zu diskutieren, und nicht die Schritte unternommen hat, die für eine Aufnahme von Verhandlungen notwendig wären, wozu insbesondere die Einstellung aller anreicherungsbezogenen und Wiederaufarbeitungstätigkeiten zählt, wie sie von der IAEA, gestützt durch die Erklärung des Vorsitzenden des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gefordert wird, unterstützten wir die Entscheidung der Minister dieser Länder, das Thema Iran an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zurückzuverweisen. Iran hat jetzt eine bedeutsame Wahl zu treffen, und wir forderten das Land auf, die richtige Entscheidung zu treffen – nämlich positiv auf die konkreten Vorschläge zu reagieren, die ihm am 6. Juni 2006 unterbreitet wurden.

Wir sprachen im Zusammenhang mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) über nuklearpolitische und sonstige sicherheitsrelevante Probleme sowie humanitäre Fragen. Wir brachten unsere Unterstützung für die Resolution 1695 des VN-Sicherheitsrats vom 15. Juli 2006 zum Ausdruck, in der der Abschuss ballistischer Raketen durch die DVRK am 5. Juli 2006 verurteilt wurde.

Wir fordern die DVRK dringend auf, sich erneut an ihre bereits vorher eingegangene Verpflichtung zur Einhaltung eines Moratoriums betreffend den Abschuss von Raketen zu halten. Diese Raketentests vertiefen unsere große Sorge angesichts der Kernwaffenprogramme der DVRK, und wir fordern die DVRK dringend auf, alle Kernwaffen abzuschaffen und die bestehenden Nuklearprogramme aufzugeben. Wir unterstützen mit Nachdruck die Sechs-Parteien-Gespräche und appellieren mit Nachdruck an die DVRK, umgehend und ohne Vorbedingungen zu diesen Gesprächen zurückzukehren und an der Umsetzung der gemeinsamen Erklärung vom September 2005 nach Treu und Glauben mitzuarbeiten. Wir appellieren ferner dringend an die DVRK, anderen sicherheitspolitischen und humanitären Besorgnissen der



Völkergemeinschaft Rechnung zu tragen, auch durch eine baldige Lösung der Entführungsfrage.

Wir unterstützen die Globale Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus, die am 15. Juli vom Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Bush angekündigt wurde. Wir sehen der Arbeit mit anderen gleichgesinnten Nationen und der IAEO bei der Ausweitung und Beschleunigung der Bemühungen um die Entwicklung von Partnerschaftskapazitäten und um die entschlossene und systematische Bekämpfung des Nuklearterrorismus entgegen. Wir sind zuversichtlich, dass alle Staaten, die unsere gemeinsamen Ziele der Bekämpfung des Nuklearterrorismus und der Milderung der Folgen nuklearterroristischer Handlungen, teilen, durch ihre Mitwirkung an dieser neuen Globalen Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus auf freiwilliger Basis und auf der Grundlage eigenständiger Verantwortung jedes Landes für die innerhalb seines Hoheitsbereichs unternommenen Schritte gemeinsame Bemühungen um die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Einklang mit dem Völkerrecht und innerstaatlichem Recht bei der Bekämpfung dieser Bedrohung intensivieren werden.

Wir haben die G8-Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus sowie ihre Anlage, die G8-Erklärung zur Stärkung des VN-Programms zur Bekämpfung des Terrorismus, verabschiedet. Diese Dokumente legen konkrete Bereiche künftiger gemeinsamer Arbeit zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Stärkung der diesbezüglichen Rolle der VN fest.

Zusammen mit den eingeladenen Staats- und Regierungschefs sowie den Leitern internationaler Organisationen haben wir eine gesonderte Erklärung zur Verurteilung der barbarischen Terrorakte angenommen, die am 11. Juli 2006 in Mumbai und anderen Teilen Indiens verübt wurden.

Wir begrüßten das Ergebnis der internationalen Ministerkonferenz über Drogenhandelswege aus Afghanistan, die vom 26. – 28. Juni 2006 in Moskau stattgefunden hat, sowie die Initiative, noch in diesem Jahr ein Forum zur Zusammenarbeit zwischen Staaten und der Wirtschaft bei der Bekämpfung des Terrorismus einzuberufen.

Wir erörterten Fragen der Zusammenarbeit im Bereich Stabilisierung und Wiederaufbau nach Konflikten. Wir betonten, dass die Vereinten Nationen, deren Sicherheitsrat, sowie die vor kurzem geschaffene Kommission für Friedenskonsolidierung eine zentrale Rolle auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierungs-, Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen spielen

sollte. Wir haben eine gesonderte Erklärung zu dieser Frage veröffentlicht. Die Gespräche über eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich Stabilisierung und Wiederaufbau nach einem Konflikt werden während der russischen Präsidentschaft fortgesetzt.

Wir verurteilen mit allem Nachdruck den illegalen Waffenhandel, der gegen Waffenembargos des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verstößt. Ein solcher illegaler Waffenhandel findet in erster Linie auf dem Luftweg statt. Wir kamen überein, die Zusammenarbeit untereinander und mit anderen Staaten auf diesem Gebiet zu verbessern. Wir forderten die zuständigen internationalen Organisationen und interessierte Regionalorganisationen auf, sich mit diesem illegalen Transport von Waffen und Munition auf dem Luftweg zu befassen, um in Abstimmung mit den Luftverkehrsgesellschaften Maßnahmen zu empfehlen, die dazu beitragen, Verstöße gegen die Waffenembargos des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu bekämpfen und zu unterbinden.

Wir haben eine gesonderte Erklärung zum Nahen Osten im Zusammenhang mit dem sprunghaften Anstieg der Gewalt in der Region angenommen. Die in der Erklärung enthaltenen Gedanken und Vorschläge sind unser Beitrag zu den laufenden Bemühungen, die aktuelle Krise zu beenden und zu dauerhaftem Frieden in der Region beizutragen. In Libanon und im Gazastreifen hat die Einstellung der Gewaltanwendung nun oberste Priorität und es darf extremistischen Elementen keinesfalls gestattet werden, die Region ins Chaos zu stürzen und einen noch weiter reichenden Konflikt zu provozieren. Dem Leiden unschuldiger Menschen muss ein Ende gesetzt werden, und politischen und diplomatischen Lösungsmethoden, die eine zentrale Rolle für die Vereinten Nationen beinhalten, muss Vorrang gegeben werden. Wir brachten unsere Unterstützung für die Mission des VN-Generalsekretärs in der Region zum Ausdruck, und wir sehen ihrem Bericht an den Sicherheitsrat, der als Grundlage für die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele dienen könnte, erwartungsvoll entgegen.

Im Bezug auf Kosovo unterstützen wir die Bemühungen des Sondergesandten des VN-Generalsekretärs, Marti Ahtisaari. Die Kontaktgruppe wird auch weiterhin aktiv in den Statusprozess eingebunden bleiben und ihre Aktivitäten auf die Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats und die Leitprinzipien der Kontaktgruppe stützen. Wir rufen alle Parteien auf, sich konstruktiv am Endstatusprozess zu beteiligen und alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine Kompromisslösung mit Blick auf die Wahrung eines multiethnischen Kosovo zu finden. Die Führung der Kosovo-Albaner sollte sich auf die Umsetzung der für

ationale Minderheiten von der Völkergemeinschaft formulierten Standards konzentrieren. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der VN-Sicherheitsrat mit dieser Angelegenheit befasst bleibt.

Wir erörterten die Lage in Irak, Afghanistan und Sudan/Darfur sowie in einigen anderen Regionen, und wir billigten uneingeschränkt die Ergebnisse des Treffens der G8-Außenminister am 29. Juni in Moskau sowie die Empfehlungen und Ansätze, die in der Erklärung des Vorsitzenden des Außenministertreffens festgehalten sind.

Während des Gipfels wurde auch über die Lage betreffend Berg-Karabach gesprochen. Wir bekräftigten, dass die G8 die Vermittlungsbemühungen der Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE (Frankreich, Russland, Vereinigte Staaten) unterstützen, und betonten die Notwendigkeit, eine rasche Einigung auf die Grundsätze einer friedlichen Lösung des Konflikts noch im Jahre 2006 zu erreichen. Wir fordern Aserbaidshan und Armenien auf, politischen Willen zu zeigen, um eine Einigung zu erzielen und ihre Völker auf Frieden und nicht auf Krieg vorzubereiten.

Wir begrüßen das Angebot der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, unser nächstes Gipfeltreffen im Jahr 2007 auszurichten.